

# CDU opfert Opel – und die SPD schaut zu

**Völlig ins Stocken geraten sind die Verhandlungen über Opel. Weder die US-Regierung noch die Bundesregierung machen ihren Einfluss geltend, um Opel aus dem Verbund mit General Motors (GM) herauszulösen. DIE LINKE fordert, dass sich die Verantwortlichen endlich um eine zukunftsfähige Lösung für die über 50.000 Beschäftigten in Europa bemühen.**

Beide Unternehmen haben Milliarden an öffentlichen Krediten bekommen. General Motors ist sogar komplett verstaatlicht. Und die Anteile an Opel und anderen europäischen Tochtergesellschaften von GM sind zu 65 Prozent in einer Treuhand geparkt. Aber das neue GM-Management darf weiter Katz und Maus mit den Interessen der Beschäftigten spielen. Eine europäische Koordinierung hat nicht stattgefunden. Die Treuhand wurde von der Bundesregierung mit einem FDP-Politiker und einem ehemaligen Continental-Chef besetzt.

Zur Debatte steht jetzt ein Verkauf großer Anteile entweder an den kanadischen Autozulieferer Magna und die russische Sberbank oder an den Finanzinvestor RHJ. Aber auch eine Lösung, bei der GM alleiniger Eigentümer von Opel bleibt, ist wieder im Gespräch. Und im Hintergrund droht noch immer ein Insolvenzverfahren.

Alle zur Diskussion stehenden Lösungen sind mit gewaltigen Risiken zu Lasten der Beschäftigten verbunden. Die beiden Investoren haben angekündigt, im Zuge der „Restrukturierung“ in Europa rund 10.000 Stellen abzubauen. Magna will vor allem Stellen in Bochum streichen. RHJ will das Werk in Eisenach für zwei Jahre stilllegen. Gegenüber der EU-Kommission hat die Bundesregierung offiziell darauf verzichtet, die staatlichen Darlehen daran zu binden, dass Standorte erhalten bleiben. General Motors und die potentiellen Investoren bekommen also von Merkel, Guttenberg und Steinbrück einen Freibrief für den Abbau von Arbeitsplätzen. Wichtige Fragen wie die Eigentumsrechte an umweltfreundlichen Technologien und Patenten sind weiter ungeklärt.

Jetzt rächt sich die Weigerung der Bundesregierung, ein eigenständiges industriepolitisches Konzept für Opel vorzulegen und durch Eigentumsrechte an Opel abzusichern und umzusetzen.

**DIE LINKE fordert: Staatlicher Schutz und Opel den Opelanern**

Für DIE LINKE gelten drei Grundsätze: Staatshilfen dürfen erstens nur dem Erhalt von Arbeitsplätzen und nicht ihrem Abbau dienen. Staatshilfen müssen zweitens eine ökologische Umstrukturierung der Autoproduktion befördern. Wenn öffentliche Gelder fließen, muss diese Hilfe drittens mit Beteiligungen des Staates am Unternehmen und mit erweiterten Mitbestimmungsrechten der Beschäftigten verbunden sein.

Bundeskanzlerin Merkel muss Opel zur Chefsache erklären. Sie muss gemeinsam mit der US-Regierung und mit den betroffenen europäischen Staatschefs die Herauslösung der europäischen Tochtergesellschaften aus dem GM-Konzern durchsetzen.

**DIE LINKE erneuert ihren Vorschlag, Opel nach der Herauslösung aus dem GM-Verbund durch den Bund und die vier betroffenen Bundesländer aufzukaufen. Zum Konzept der LINKEN gehört ein Zukunftsfonds, der sich an Opel und anderen Industrieunternehmen beteiligt und dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Über die Geschäfte dieses Fonds sollen Belegschaften, Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände, Gebietskörperschaften und Unternehmen gemeinsam entscheiden. Ziel ist ein ökologisch ausgerichteter europäischer Mobilitätskonzern mit weitestgehenden Mitbestimmungsrechten für die Beschäftigten. So entsteht ein Zukunftsmodell für Opel und gleichzeitig ein Beispiel für andere Unternehmen.**

Redaktionsschluss: 1. September 2009